

Stuttgart 21 stoppen



Extrablatt der SAV Stuttgart - Februar 2011 - gegen Spende

DIE LINKE wählen Kapitalismus bekämpfen

Seit 57 Jahren ist die CDU Regierungspartei in Baden Württemberg. Sie hat es geschafft sich als perfektes organisierendes Zentrum eines Filzes von Wirtschaftsbossen, Politikern, führenden Amtsträgern in Justiz, Polizei und Verwaltung sowie Pressebaronen zu etablieren. Es ist ein offenes Geheimnis, dass die wichtigsten politischen Entscheidungen in Baden Württemberg nicht im Landtag und nicht in der Villa Reitzenstein, sondern in einem Weinberghäuschen der IHK gefällt werden.

S 21 ist ein Paradebeispiel wie Politik im Kapitalismus funktioniert. Die Profiteure von S 21 und ihre Politiker von CDU/FDP/Freie Wähler/SPD bilden mafiose Strukturen. Sie missachten den Mehrheitswillen der Bevölkerung und veruntreuen Milliarden unserer Steuergelder. Die brachiale Polizeigewalt am 30.9.2010, der Einsatz von Wasserwerfern, Schlagstöcken, Reizgas gegen friedlich demonstrierende und blockierende SchülerInnen zeigt, dass dieser Filz vor nichts zurückschreckt, um seine Profit- und Machtinteressen durchzusetzen.

Mappus weg

„Mappus weg“. Dies ist seit Monaten eine zentrale Parole der Bewegung gegen Stuttgart 21. Mehr als 100.000 Menschen sind nach dem „Schwarzen Donnerstag“ Ende September dafür auf die Straße gegangen. Die Empörung in breiten Schichten der Bevölkerung über die Polizeigewalt am 30. September hatten Mappus und Grube völlig in die Defensive gedrängt. Durch die Schlichtungsgespräche wurden Mappus und Co. rehabilitiert. Sie haben gelernt, sich als Wolf im Schafspelz zu gebärden und verfolgen die Taktik mit Wahlversprechen und einem geschickteren Vorgehen bei S 21 einen Absturz der CDU zu verhindern. Unterstützt werden sie dabei von den Unternehmern, die mit Versprechungen von neuen Arbeitsplätzen Wahlpropaganda für die CDU/FDP machen. Gleichzeitig werden bei S 21 weiter Fakten geschaffen. Wenn es sein muss auch mit massivem Polizeieinsatz, wie sich bei der „Baumverpflanzung“ am 8. und 9. Februar gezeigt hat.

Millionen für S 21 – kein Geld für Soziales

Obwohl es nicht Aufgabe der Bundesländer ist, Bahnstrecken und Bahnhöfe zu finanzieren, übernimmt das Land Baden Württemberg 950 Millionen für die unsinnige Hochgeschwindigkeitsstrecke von Wendlingen nach Ulm und 635 Millionen für den Bau von S 21. Nach dem Schlichterspruch zu S 21 wurden weitere Landesgelder in Aussicht gestellt. Zugleich werden Referendare in die Arbeitslosigkeit geschickt, statt den chronischen Lehrermangel an Schulen zu beseitigen. Die Universitäten sind personell unterbesetzt, viele Gebäude sind völlig marode. Das Land kommt seiner gesetzlichen Verpflichtung nicht nach, die Investitionen der Krankenhäuser zu finanzieren. Das Ergebnis ist, dass es einen Investitionsstau von 1,5 Milliarden Euro gibt und Krankenhäuser geschlossen werden. Vor allem in den Landkreisen gibt es bereits eine bedrohliche medizinische Unterversorgung. Die Parteien im Landtag haben die Diäten der Abgeordneten ab 2011 um 28% auf 6.462,- erhöht. Dagegen sinken die Reallöhne der Landesbeschäftigten seit Jahren. Aufgrund des Absenkungstarifvertrages TVL verlieren Stellenwechsler und Neueingestellte hunderte von Euros im Monat.



Durchschnittslohn für Abgeordnete!

Ein Landtagsabgeordneter bekommt ab 2011 eine Grunddiät von 6.462 Euro im Monat. Hinzu kommt eine monatliche Kostenpauschale von 992 Euro, eine Pauschale für eine private Altersvorsorge von 1.585 Euro und eine Spesenpauschale von 433 Euro. Der Abgeordnete kann in ganz Baden Württemberg umsonst mit der Bahn fahren. Und wenn er mit dem Auto fährt, bekommt er dafür auch eine Kostenerstattung. Ein Büro und eine Schreibkraft bekommt er zusätzlich finanziert. Und natürlich kann er im Landtag jederzeit auf Kosten des Steuerzahlers telefonieren oder das Internet benutzen. Wer Fraktionsvorsitzender oder parlamentarischer Geschäftsführer seiner Partei ist, bekommt noch mal einen fetten Zuschlag. Ein Fraktionsvorsitzender erhält z.B. eine Grunddiät von 14.539 Euro. Für die SAV ist es eine zentrale Frage, dieses System der Privilegierung von Abgeordneten als korruptes System abzulehnen. Mandatsträger der SAV und ihrer Schwesterorganisationen im Komitee für eine Arbeiterinternationale (Committee for a Workers' International, CWI) verwenden alle Einkünfte, die über einen Arbeiterlohn hinausgehen für politische Arbeit oder spenden sie an außerparlamentarischen Bewegungen, Bürgerinitiativen oder Kampagnen. Zu diesen Abgeordneten gehört auch Joe Higgins, der bei der Montagsdemo am 20.9.2010 eine kämpferische Rede hielt. Er ist Europaabgeordneter der irischen Socialist Party und Spitzenkandidat des Wahlbündnisses Vereinigte Linke Allianz bei den bevorstehenden Parlamentswahlen in Irland. Wir fordern



Joe Higgins

dass die Abgeordneten der Linken jede Privilegierung ablehnen. Wir sind der Meinung, dass die Glaubwürdigkeit einer linken Partei beschädigt wird, wenn ihre Abgeordneten Privilegien für sich in Anspruch nehmen oder wie im Falle des Parteivorsitzenden Klaus Ernst neben dem Abgeordnetengehalt zusätzliche Einnahmen kassieren und sich mit ihrem Lebensstil völlig von den Menschen abheben, die DIE LINKE organisieren und vertreten will.

Schluss mit staatlicher Repression

Um den Widerstand gegen die Politik der Umverteilung von unten nach oben, gegen Projekte wie S 21 zu brechen, werden demokratische Rechte immer weiter eingeschränkt. Stuttgart-21-Gegner werden kriminalisiert. Der Stuttgarter Polizeipräsident Siegfried Stumpf, der die Polizeigewalt am 30.9. befohlen hat, soll zum Chef des Landeskriminalamtes befördert werden.

Seit 2008 bastelt die Landesregierung an einem neuen Versammlungsgesetz. Ziel ist es, die Versammlungsfreiheit massiv einzuschränken und Polizei- und Behördenwillkür gegen Demonstranten gesetzlich abzusichern. In den letzten Monaten sind zwei Fälle bekannt geworden, in denen das baden württembergische Innenministerium Polizeispit-

zel in der linken Szene bzw. in Protestbewegungen einsetzte, die sogar selber Straftaten begingen. Der baden württembergische Innenminister Rech lässt DIE LINKE vom Verfassungsschutz überwachen.

Auf dem rechten Auge ist Rech blind. Im August 2009 wurde ein Funktionär der NPD-Jugendorganisation JN in Weil am Rhein festgenommen, der im großen Stil Waffen und Material zum Bombenbau, sowie Adressen von GewerkschafterInnen und anderen AntifaschistInnen beschafft hatte. Die Polizei wurde erst nach anonymen Hinweisen von AntifaschistInnen tätig und versuchte ihn dann als Einzeltäter darzustellen, obwohl ihm Gesinnungsfreunde beim Beschaffen seiner Mordwerkzeuge geholfen hatten.

Keine Stimme für Nazis

Die Nazis treten zur Landtagswahl an. Während die Republikaner sich hinter den Polizeieinsatz am 30. September gestellt haben, versucht die NPD sich mit einer rassistischen Kampagne „Kein Stüttgürt 21“ an die Bewegung gegen Stuttgart 21 zu hängen. Zu Recht hat sich die Bewegung davon distanziert und die Nazis können sich nicht offen in die Demonstrationen einmischen.

Das Programm der Nazis zur Landtagswahl heißt: Zuchthaus, Stellenabbau im Öffentlichen Dienst und Rassismus. Mit ihren Versuchen Menschen nach Hautfarbe, Herkunft und Religion zu spalten dienen sie den Herrschenden, die gemeinsamen Widerstand fürchten würden. Deshalb sagen wir: Keine Stimme für Nazis, Behinderung von Nazi-Wahlkampf, Arbeitsplätze statt Ausländerhetze und für eine sozialistische Alternative gegen die rechte Hetze.

SPD-Grüne-Regierung eine Alternative?

Eine Wahlniederlage der S-21-Parteien bei der Landtagswahl wäre eine enorme Ermutigung für den Widerstand gegen S 21 und für alle, die gegen die Politik von Mappus und Co. kämpfen. Gleichzeitig muss klar sein, dass auch die nächste Regierung den Druck einer starken außerparlamentarischen Opposition braucht. Das gilt auch für eine SPD-Grüne-Regierung.

Denn was sie in der Opposition versprechen, halten sie nicht in der Regierung. Es sei daran erinnert, dass die SPD und die Grünen 1998 die Wahlen gewonnen haben, wegen ihrer Versprechen, die Rentenkürzungen und andere Verschlechterungen der Kohl-Regierung zurückzunehmen. Passiert ist genau das Gegenteil. Es kam die Agenda 2010 und Hartz-IV. Statt höheren Renten bekamen wir mit der Riesterreute und der rot-grünen Rentenabsenkung den heftigsten Angriff auf die gesetzliche Rente in der Nachkriegszeit. Die angeblichen Friedensparteien SPD und Grüne haben mit dem Balkan- und Afghanistankrieg damit begonnen, dass Deutschland wieder imperialistische Kriegseinsätze führt. SPD und Grüne versprachen vor ihrer Regierungsübernahme den Ausstieg aus der Atomenergie. Die SPD hatte bereits 1986 eine Abschaltung innerhalb von 10 Jahren gefordert. Die Grünen forderten den sofortigen Ausstieg. Ihr gemeinsamer „Atomkompromiss“ aus dem Jahr 2000 bedeutete eine Restlaufzeit von 30 Jahren und erlaubte, noch

einmal fast genauso viel Atomstrom zu produzieren wie bis dahin produziert worden war. Obrigheim sollte 2001 abgeschaltet werden und blieb bis 2005 am Netz. Der „Atomkompromiss“ ermöglichte das Hin- und Herschieben von Reststrommengen, durch das alte Reaktoren so lange am Netz blieben, bis Schwarz-Gelb die Laufzeiten verlängerte. Tatsächlich wurden in 10 Jahren nur 2 von 19 AKWs abgeschaltet. Rot-Grün hat während ihrer Regierungszeit Atommülltransporte mit Polizei und Wasserwerfern und dem Aushebeln von demokratischen Rechten durchgepeitscht. Politiker von SPD und Grünen saßen bzw. sitzen in den Beiräten der Atomkonzerne kassieren für zwei Sitzungen im Jahr „einige tausend Euro, zuzüglich dreistelliges Sitzungsgeld“ (STZ 14.03.06). Selbst Rezzo Schlauch, Ur-Gestein der Grünen saß lange im Beirat der EnBW.

Die SPD fordert in ihrem Wahlprogramm gebührenfreie Kindergärten. Gleichzeitig stimmt sie in den Kommunen Gebührenerhöhungen zu. In NRW haben SPD und Grüne die Abschaffung der Studiengebühren versprochen. Dieses Versprechen wurde bisher nicht umgesetzt. Die Führung der baden-württembergischen SPD ist Teil der S-21-Mafia. Das Projekt wurde in Zeiten der Großen Koalition von CDU und SPD 1994 Jahren beschlossen.

SPD und Grüne machen Politik im Interesse von Banken, von Daimler, Bosch und Porsche und sind Teil der parlamentarischen Scheindemokratie. Aller Wahlkampfrhetorik zum Trotz haben sich SPD und Grüne nicht von ihrer Agenda-2010-Politik verabschiedet. Deshalb greifen sie die von der Linken geforderten Reformforderungen entsprechend an.

Volksabstimmung zu Stuttgart 21?

Die SPD will S 21 mit einem Volksentscheid legitimieren. Mit der Fragestellung bei einer Volksabstimmung können sie dafür sorgen, dass sie zu einer Zustimmung für S 21 wird. Es ist zu befürchten, dass die Grünen so weit ka-



pitulieren, dass ein Volksentscheid kaum gewinnbar sein wird. Die Formulierung im Wahlprogramm weist darauf hin, dass sie eine Abstimmung auf Landesebene wollen, während das Aktionsbündnis, dem die Grünen auch angehören, will, dass in der Region Stuttgart über Stuttgart 21 und auf Landesebene über die ICE-Trasse abgestimmt wird. Die gemeinsame Beschlussempfehlung der Ausschussmitglieder von SPD und Grüne zum parlamentarischen Un-

tersuchungsausschuss spricht Bände:

„Der Landtag wolle beschließen, die Landesregierung zu er-suchen, eine landesweite Volksabstimmung zur finanziellen Beteiligung des Landes an Stuttgart und der Neubaustrecke Stuttgart/Ulm in die Wege zu leiten, weil diesem Projekt angesichts der tiefen Gräben in der Bevölkerung nur noch über eine solche Volksabstimmung die erforderliche Legitimation verschafft und die Polizei so davor geschützt werden kann, als Prellbock gegensätzlicher Interessen missbraucht zu werden.“

Der Polizeieinsatz wird nicht als unverhältnismäßig kritisiert. Es wird nur gefordert „beim Einsatz von Wasserwerfern die medizinische Versorgung wegen der Gefahr von erheblichen Verletzungen sicherzustellen.“ Wenn sich die Grünen schon beim Untersuchungsausschuss so von der SPD über den Tisch ziehen lassen, dass sie S 21 zur demokratischen Legitimation verhelfen wollen, statt es zu kippen, was wird dann wohl sein, wenn nach der Wahl für Wohlverhalten Ministerposten winken.

Taktisch wählen?

Weil die Prognosen für DIE LINKE zwischen vier und fünf Prozent schwanken, denken viele S-21-Aktivistinnen bzw. potenziellen Linke-Wähler sie sollten vielleicht besser die Grünen wählen, weil die Gefahr droht, dass ihre Stimme verschenkt wird, wenn DIE LINKE unter fünf Prozent bleibt. Oder sie argumentieren, dass die Grünen möglichst viele Stimmen bekommen sollten, damit ihr Gewicht in einer Koalition mit der SPD möglichst groß ist. Aber erstens schließen die Grünen eine Koalition mit der CDU nicht aus.

Zweitens ist eine Stimme für die Grünen keine garantierte Stimme gegen S 21, weil die Grünen in einer Koalition mit SPD oder CDU schnell zur S-21-Partei werden könnten. Das bestätigen diverse Aussagen grüner Spitzenpolitiker. So sagte am 3. September Landeschefin Silke Krebs im SWR zu einem Stopp von Stuttgart 21 nach der Landtagswahl: „Ich sage ganz offen: Das können und das werden wir auch nicht versprechen“.

Auf die Grünen können wir uns nicht verlassen

Aber auch sonst sind die Grünen nicht zuverlässig. Ihr Programm besagt: „Wir lehnen ‚Stuttgart 21‘ und die Schnellfahrstrecke ‚Wendlingen am Neckar – Ulm‘ in ihrer derzeitigen Planung ab“. Geißlers „Stuttgart 21 plus“ lehnen sie nicht ausdrücklich ab. Sie schreiben in ihrem Wahlprogramm nur, dass es teurer wäre und fordern einen Bau- und Vergabestopp bis zum „Stresstest“. Ihr Bundesvorsitzender Özdemir sprach sich am 4. Dezember auf dem Parteitag, auf dem das Landtagswahlprogramm beschlossen wurde, sogar für „Stuttgart 21 plus“ aus. „Die Grünen akzeptieren nach Worten ihres Parteichefs Cem Özdemir den Schlichterspruch zum Milliardenprojekt Stuttgart 21. Dieser sei nur auf den ersten Blick enttäuschend gewesen, erklärte Özdemir auf dem letzten Landesparteitag der Grünen. Gleichzeitig schränkte er ein: ‚Ohne dass alle Auflagen aus der Schlichtung erfüllt werden, wird es von uns kein Ja zu dem Pro-

jekt geben.“ (Süddeutsche Zeitung online, 4. Dezember 2010 – wir hätten die Rede gerne nach dem Original statt nach einem Zeitungsbericht zitiert, konnten den Text aber weder auf der Website von Herrn Özdemir noch des grünen Landesverbands finden, warum wohl?) Selbst wenn Özdemir gemeint haben sollte, dass eher Weihnachten und Ostern auf einen Tag fallen als dass alle Auflagen des Schlichterspruchs erfüllt werden (sich 200 Jahre alte Bäume verpflanzen lassen, die Bahn den Stresstest erfüllen kann etc.) hat er damit in der bundesweiten Öffentlichkeit den Eindruck erweckt, dass es eine Einigung gebe und damit der Bewegung gegen Stuttgart 21 einen schweren Schlag versetzt.

Anders als DIE LINKE beziehen die Grünen sich im Wahlprogramm nicht positiv auf K21, die von der Bewegung gegen Stuttgart 21 entwickelte Modernisierung des Kopfbahnhofs.

Wer Grün wählt und glaubt das wäre eine sichere Stimme für den Widerstand gegen S 21 wird sich nach der Wahl schwarz ärgern.

Dass der Widerstand gegen S 21 noch nicht gereicht hat, die S-21-Macher zur Aufgabe zu zwingen, liegt auch daran, dass die führenden Kräfte der Bewegung den Kapitalismus und sein politisches System nicht grundlegende in Frage stellen. Wenn DIE LINKE bei den Wahlen gut abschneidet, würde es Grube, Mappus, Merkel & Co dämmern, dass mit dem Widerstand gegen S 21 eine allgemein-politischen Radikalisierung in eine antikapitalistische Richtung verbunden ist. Die Angst davor würde für die herrschende Elite zu einem Faktor werden, das Projekt aufzugeben.

DIE LINKE wählen

DIE LINKE ist die einzige Partei, die die Umverteilung des Reichtums von Oben nach Unten fordert. Sie fordert die Wiedereinführung der Vermögenssteuer und eine höhere Besteuerung von Großkonzernen und Reichen. DIE LINKE



lehnt Privatisierung ab, fordert eine gute und gebührenfreie Bildung, gemeinsames Lernen bis zum zehnten Schuljahr und Ganztagschulen einschließlich kostenlosem Mittagessen. DIE LINKE fordert die Abschaffung von Hartz IV, einen gesetzlichen Mindestlohn von 10 Euro, Abschaffung von Ein-Euro-Jobs und Leiharbeit, den sofortigen Ausstieg aus der Atomenergie... DIE LINKE ist die einzige Partei die gegen Auslandseinsätze der Bundeswehr ist und den sofortigen Abzug der Truppen aus Afghanistan fordert. DIE LINKE lehnt S 21 ab und ist Teil des Aktionsbündnisses gegen

S 21. Mitglieder der LINKEN sind aktiv bei den „Gewerkschafter gegen S21“, bei „Cannstatter gegen S 21“ und in anderen Initiativen in Stuttgart und anderen Städten. Mitglieder der LINKEN bis hin zu der Spitzenkandidatin zur Landtagswahl, Marta Aparicio und den Bundestagsabgeordneten Annette Groth und Heike Hänsel beteiligen sich an Blockaden von Baustellen zu S 21 und bekennen sich explizit zum Zivilen Ungehorsam als Mittel zur Verhinderung von S 21.

DIE LINKE betont, dass hinter Stuttgart 21 Profitinteressen stecken. Das ist nicht nur richtig, sondern auch wichtig. Viele haben deshalb Illusionen in Stuttgart 21, weil sie glauben, wenn so viel Geld in ein Projekt gesteckt wird, dann muss es doch zumindest besser werden. Das kann man am besten widerlegen, wenn man erklärt, dass der Zweck von Stuttgart 21 gar nicht der neue Bahnhof ist, sondern die Profite von Immobilienspekulanten, Baufirmen, Banken etc. Die Grünen erklären das nicht. Als kapitalistische Partei sind sie gar nicht dagegen, dass die Regierung Profitinteressen bedient, sie meinen nur, dass sie es mit Stuttgart 21 schlecht macht.

Die Frage der Profiteure bekommt zentrale Bedeutung, wenn wir Stuttgart 21 stoppen und es darum geht, was mit dem eingesparten Geld gemacht wird. Damit dann nicht irgend ein „Stuttgart 22“ kommt wird entscheidend sein, dass der politische Druck und der Widerstand weiter gehen. Und es ist gut, wenn DIE LINKE im Landtag möglichst stark ist und dafür eintritt, dass das Geld für Bildung, Soziales, Gesundheit, den Ausbau der Bahn in der Fläche etc. verwendet wird. Von der Agenda-2010 und Hartz-IV-Partei Die Grünen ist das nicht zu erwarten. Bei der Landtagswahl haben die Wählerinnen und Wähler nur eine Stimme. Die SAV ruft dazu auf, seine Stimme der Partei DIE LINKE zu geben.

Widerstand auch nach der Wahl

Eine Ohrfeige für schwarz-gelb und ein gutes Ergebnis für die Linke wäre eine große Hilfe beim Kampf gegen Stuttgart 21. Aber Wahlen entscheiden nicht. Als Wyhl gestoppt wurde, hatte die CDU die absolute Mehrheit in Baden-Württemberg, als Wackersdorf gestoppt wurde, hatte die CSU die



absolute Mehrheit in Bayern. Die Massendemonstrationen und der zivile Ungehorsam (Baustellenblockaden, Bauplatzbesetzungen etc.) müssen weiter gehen, ebenso die Aufklärung der Bevölkerung im ganzen Land. Eine Verbindung mit anderen Bewegungen und Kämpfen würde den Druck

auf die Herrschenden steigern und den politischen Preis für ein Festhalten an Stuttgart 21 erhöhen. Ein Streik der Gewerkschaft der Lokführer (GdL) der ersten Gewerkschaft, die sich gegen Stuttgart 21 ausgesprochen hatte, wäre eine hervorragende Gelegenheit für einen gemeinsamen Kampf für eine nutzerInnen- und beschäftigtenfreundliche Politik der Bahn und würde die Durchsetzungskraft sowohl für die S-21-GegnerInnen als auch die Lokführer erhöhen.

Nein zur Regierungsbeteiligung

Es ist möglich, dass im neuen Landtag weder CDU und FDP noch Grüne und SPD eine Mehrheit haben. Dann könnte DIE LINKE unter Druck geraten, sich an einer Regierung mit SPD und Grünen zu beteiligen. DIE LINKE kann jeder fortschrittlichen Maßnahme einer Regierung (z.B. den Stopp von Stuttgart 21, die Abschaffung von Studiengebühren oder die Rücknahme der Arbeitszeitverlängerung für Landesbeschäftigte) einer Minderheitsregierung zustimmen - auch ohne Regierungsbeteiligung oder Tolerierungsabkommen. In Nordrhein-Westfalen hat DIE LINKE das gemacht (auch wenn sie sich inzwischen in Richtung einer faktischen Tolerierung bewegt).

Marxisten sind dafür parlamentarische Positionen zu erobern. Abgeordnetenmandate müssen genutzt werden, um für die Interessen der Mehrheit der Bevölkerung gegen die



etablierten Parteien und die Wirtschaftsbosse, die hinter ihnen stehen, zu kämpfen. Der Schwerpunkt der Partei der Linken, einschließlich ihrer Abgeordneten, muss im außerparlamentarischen Kampf, in der Organisation des Widerstands gegen die Angriffe aus den Regierungssitzen und Chefetagen liegen. Daraus ergibt sich als wichtigste Aufgabe für DIE LINKE eine knallharte Opposition gegen die kapitalistische Politik von CDU/FDP/SPD/GRÜNE und der Ausschluss von Koalitionen, Tolerierungs- oder Duldungsabkommen. Weil die Gewerkschaften nach wie vor eine wichtige Stütze für die SPD und unter ihrer Führung eine Blockade im Klassenkampf sind, muss DIE LINKE den Kampf um die Gewerkschaften organisiert und offensiv führen. Den SPD-Funktionären in den Gewerkschaften und Betriebsräten muss DIE LINKE ein antikapitalistisches Programm und eine personelle Alternative entgegensetzen. Oppositionelle Betriebszeitungen, alternative Betriebsratslisten, der Aufbau von oppositionellen Betriebsgruppen sind dabei ein wichtiges Mittel. Eine LINKE, die ihren Koalitionspartner nur im außerparlamentarischen Widerstand sieht, kann sich

vor dem Hintergrund der kapitalistischen Krise, der immer schärferen Ausbeutung von Mensch und Natur, der zunehmenden Skandale mit der Zeit eine Mehrheitsunterstützung in der Bevölkerung aufbauen und gestützt auf solche Mehrheiten, eine Regierung bilden. Das scheint für viele vielleicht weit weg. Aber geschichtliche Entwicklungen zeigen immer wieder, wie schnell sich Dinge verändern können. Die Massenproteste gegen S 21 und die Revolution im arabischen Raum sind aktuelle Beispiele dafür.

Eine antikapitalistische Regierung einer linken Partei könnte und dürfte sich nicht auf die heutigen völlig undemokratischen staatlichen Strukturen, vor allem nicht auf die Klassenjustiz und den bürgerlichen Polizeiapparat stützen. Sie braucht eine Stütze in der Selbstorganisation und politischen Selbstermächtigung der Bevölkerung, in klassenkämpferischen Gewerkschaften und Betriebsgruppen, in Schüler- und Studierendenkomitees, in Organisationen des außerparlamentarischen Widerstands, wie z.B. im Widerstand gegen S 21, in der Anti-AKW- Bewegung, in Umwelt-, Bürger-, Mieter- und anderen Initiativen. Eine solche Regierung könnte dann der Ausgangspunkt dafür sein, die Macht der Banken und Konzerne zu brechen und die Verwaltung und Kontrolle von Betrieben, Branchen, Schulen, Unis, Stadtteilen, Städten und Regionen durch demokratische Selbstverwaltungsorgane, oder Räte zu organisieren. Eine solche Regierung muss das Ziel einer linken Partei sein.

Keine Politik des „kleineren Übels!“

In der Partei DIE LINKE und außerhalb wird oft gesagt, dass Linke sich auf die Politik des kleineren Übels einlassen müssten, wenn sie keine Mehrheiten hätten. Wie falsch das ist, zeigt das Beispiel Italien. Die linke Partei PRC (Rifondazione Comunista) hat sich 2006-2008 an der Prodi-Regierung beteiligt - angeblich um Berlusconi zu verhindern. Sie hat die EU-diktierten Sozialkürzungen mitgetragen, Rentenkürzungen und Kriegseinsätzen zugestimmt und dies damit gerechtfertigt eine Regierung zu stützen, die nicht ganz so schlimm sei wie Berlusconi. Die Folge dieser Politik des kleineren Übels ist, dass sich die PRC in den Augen der Wähler so diskreditiert hat, dass sie nicht mehr gewählt wurde. 2006 hatte sie 5,8% erhalten. 2008 bekam die PRC im Bündnis mit drei anderen Parteien nur noch 3,1%. Die Folge davon ist, dass es keine linke Partei mehr im Parlament gibt und Berlusconi nach seiner Rückkehr an die Regierungsmacht de facto mit keiner ernst zu nehmenden Oppositionspartei im Parlament konfrontiert ist.

In Berlin und Brandenburg regieren DIE LINKE zusammen mit der SPD. Das Ergebnis heißt nicht Politikwechsel sondern Verlust an Glaubwürdigkeit für DIE LINKE. Die Politik des „kleineren Übels“ ist am Ende immer ein größeres Übel.

Eine Regierungsbeteiligung mit prokapitalistischen Parteien, eine parlamentarische Fixierung der Partei, führt dazu, dass DIE LINKE dort landet wo SPD und Grüne bereits angekommen sind. DIE LINKE sollte nicht den Eindruck erwecken, als könnte sie mit SPD und Grünen eine „linke Mehrheit“ bilden oder einen „Politikwechsel“ herbeiführen. Wenn DIE LINKE die Illusion verbreitet, dass mit SPD und Grü-

nen positive Reformen möglich seien, kommt beim Wähler an, dass diese Parteien offensichtlich gar nicht so schlimm sind. Mit solchen Aussagen kann man Wähler, die zwischen SPD/Grün und Linken schwanken nicht für die Wahl der Linken gewinnen. Ehemalige SPD/Grüne-Wähler, die aus Frust gar nicht mehr wählen, kann man erst recht nicht gewinnen, wenn DIE LINKE die berechtigte Enttäuschung und Wut über SPD/Grüne nicht zum Ausdruck bringt und sich nicht als radikale Alternative und Opposition zu den Hartz-IV/Agenda 2010-Parteien beweist. Nur durch Druck von außerhalb des Parlaments kann S 21 gestoppt werden, können Verbesserungen erreicht werden. Nach der Landtagswahl in Hessen wurden Studiengebühren nur deshalb abgeschafft, weil die Studierendenbewegung monatelang Druck auf der Straße gemacht hat.

Die SAV kämpft deshalb in der Partei DIE LINKE gegen eine Regierungsbeteiligung mit etablierten Parteien, gegen das Akzeptieren von kapitalistischen Sachzwängen.

Sozialistisches Programm

SAV-Mitglieder haben sich in die Diskussion um das Landtagswahlprogramm DER LINKEN eingebracht und eine



klare antikapitalistische und prosozialistische Ausrichtung eingefordert. Leider sind wir mit damit nicht durchgekommen.

Das Landtagswahlprogramm DER LINKEN enthält viele gute Reformforderungen. Es sagt aber nicht, dass diese Forderungen nur umgesetzt werden können, wenn die Macht des Kapitals gebrochen wird. Es ist völlig utopisch zu denken, dass in Parlamenten irgendwelche weitgehenden Reformen beschlossen würden, die dem Kapital weh tun. Selbst

eine harmlose Rekommunalisierung der Energieversorgung lässt der EnBW-Konzern nicht zu. Er droht damit Arbeitsplätze zu vernichten und nichts mehr zu investieren. Daimler droht mit der Verlagerung von Forschung und Entwicklung, wenn der Staat das Elektroauto nicht subventioniert. Wenn dem Konzern die Steuern erhöht würden oder wie die Linke fordert zu einer „ressourcensparenden und ökologisch verträglichen Produktionsweise“ gezwungen würde, würden Zetsche und Co. noch ganz andere Geschütze auffahren.

Viele Wähler spüren, dass die grundlegende Krise des Systems grundlegende Alternativen verlangt. Es ist Aufgabe DER LINKEN diese Alternativen aufzuzeigen. Leider erfüllt das Landtagswahlprogramm und die derzeitigen Botschaften der Linken diese Anforderungen nicht. Hätte Gesine Lötzsch in ihrem Artikel „Wege zum Kommunismus“ geschrieben: „Eine kommunistische Gesellschaft ist für mich eine klassenlose Gesellschaft, frei von Ausbeutung, frei von Stasi und jeder Art von Unterdrückung und Diskriminierung“. Oder hätte sie mit den Worten von Karl Marx gesagt: Kommunismus ist eine Gesellschaft in der die „freie Entwicklung eines jeden die freie Entwicklung aller“ ist, dann hätte die bürgerliche Presse Kommunismus und Sozialismus nicht mit Stalinismus und Stasi-Diktatur gleichsetzen können. Würden die Abgeordneten der Linken sagen wir verzichten auf Privilegien und spenden einen Großteil unserer Diäten, weil eine Lehre aus der Geschichte der DDR ist, dass Parteifunktionäre, keine Privilegien haben dürfen, dann wären sie in Bezug auf Abgrenzung zur DDR glaubwürdig.

Was mit einer konsequenten antikapitalistischen Partei möglich wäre

DIE LINKE ist heute der einzige bundesweite Ansatzpunkt für eine antikapitalistische Partei, die die Wut der Menschen auf die da oben, auf die S-21-Mafia, auf Mappus, auf die Konzernherren und Banker, auf diese parlamentarische Scheindemokratie aufgreifen und in eine Verachtung des kapitalistischen Systems und eine mutmachende und begeisterte ökonomische und politische Alternative und den Aufbau einer starken linken Partei verwandeln kann. Die SAV kämpft für EINE LINKE, die diese Aufgabe erfüllt.

Wenn Pharma- und Atomkonzerne Gesetzestexte schreiben und diese Gesetze nur dazu dienen ihre Profite zu maximieren, dann muss dies als aktuelle Begründung für die Überführung in Gemeineigentum genutzt werden. Es geht nicht an, die Vergesellschaftung der Banken nur dann zu fordern, wenn Merkel Banken verstaatlicht. Es ist falsch, wenn DIE LINKE in ihrem Wahlprogramm auf die Überführung der EnBW in Gemeineigentum verzichtet und dann den Aktiendeal von Mappus begrüßt, wie das der Landesvorstand DER LINKEN in Baden Württemberg macht. Wenn Mappus und Merkel verstaatlichen, dann wollen sie die kapitalistische Krise managen. Wenn DIE LINKE Verstaatlichung fordert, dann muss das als Schritt zur Überwindung kapitalistischer Machtverhältnisse gemeint sein. Deshalb muss die Forderung nach Überführung in Gemeineigentum mit der Entlassung der kapitalistischen Vorstände und Aufsichtsräte und der demokratischen Verwaltung und Kontrolle durch die Beschäftigten und Nutzer verbunden werden.

Eine konsequent antikapitalistische LINKE im Landtag wäre ein mächtiges Sprachrohr für den Widerstand gegen S 21, für betriebliche und gewerkschaftliche Kämpfe und alle anderen außerparlamentarischen Bewegungen. Sie könnte die Heuchelei der bürgerlichen Parteien, ihre Korruptheit und ihre Verfilzung mit den Wirtschaftsbossen und Bankern schonungslos anprangern und eine Massenbasis für antikapitalistisches und sozialistisches Bewusstsein schaffen. Würden die Abgeordneten DER LINKEN einen großen Teil ihrer Diäten für den Aufbau der Partei und die außerparlamentarische Bewegung spenden, Privilegien explizit ablehnen und jeden Versuch Abgeordnete zu korrumpieren öffentlich machen und skandalisieren, könnte sich die Partei in jeder Hinsicht von den etablierten Parteien abgrenzen.

Durch ein in jeder Hinsicht glaubwürdiges Auftreten und durch die aktive Unterstützung des außerparlamentarischen Widerstands, wie z.B. Beteiligung an Aktionen des Zivilen Ungehorsams (Blockaden und Besetzungsaktionen des S-21-Widerstands) von Landtagsabgeordneten könnte die Partei DIE LINKE eine enorme Anziehungskraft erhalten. Bevölkerungsschichten, die von der Politik völlig entfremdet sind, die sich ausgegrenzt fühlen und längst im Lager der Nichtwähler angekommen sind, würden politisch aktiv werden. Die Partei wäre ein Forum für Debatten über antikapitalistische Programme, Ideen und Kampfstrategien von Aktivisten verschiedener außerparlamentarischer Bewegungen, kämpferischer Kolleginnen und Kollegen in den Betrieben und Gewerkschaften. Eine breit verankerte linke Partei mit eigenen Medien könnte die kapitalistische Ideologie und Politik der etablierten Parteien in der Masse der Bevölkerung untergraben und in der Mehrheit der Bevölkerung Klassenbewusstsein, antikapitalistisches und sozialistisches Bewusstsein schaffen.

Die Größe, Ausdauer, Entschlossenheit und Kreativität der Bewegung gegen Stuttgart 21 sind beeindruckend. Aber die Kraft einer regionalen Ein-Punkt-Bewegung ist begrenzt. Es geht darum, den Geist des S-21-Widerstands bundesweit zu verbreiten und die Entschlossenheit und Radikalität der Bewegung weiterzuentwickeln zu einer Bewegung gegen das kapitalistische System insgesamt. DIE LINKE sollte darin ihre Aufgabe sehen.

Kapitalismus bekämpfen

Das Projekt S 21 ist kein Ausrutscher des Kapitalismus. Stuttgart 21 ist ein Beispiel wie Kapitalismus funktioniert. Unsere angebliche Demokratie ist in Wirklichkeit eine Diktatur der Banken und Konzerne. Mit der Laufzeitverlängerung der Atomkraftwerke werden die Profitinteressen der Energiekonzerne bedient. Mappus hat für fast sechs Milliarden Euro und mit einem Riesengewinn (laut Handelsblatt 38 bis 71 Millionen) für die mit Mappus verfilzte Morgan Stanley Bank die Aktien der EnBW 18% über dem Börsenwert zurückgekauft. Ziel ist nicht die öffentliche Kontrolle über die Energieversorgung, geschweige denn der Ausstieg aus dem Atomstrom. Erklärtes Ziel der Landesregierung ist es, die EnBW als Dax-Konzern über die Börse erneut zu privatisieren.

Der gegenwärtige konjunkturelle Aufschwung kann nicht

Daimler regiert

Daimler ist der größte Konzern in Deutschland. Sein Umsatz war 2009 um 128% größer als der Landeshaushalt von Baden-Württemberg. Das heißt eine Entscheidung in der Chefetage von Daimler hat mehr Auswirkungen auf Stuttgart und Baden Württemberg als eine Entscheidung in der Villa Reitzenstein. 2010 erzielte der Konzern einen Gewinn von 7,3 Milliarden Euro. Die Beschäftigten bezahlen für diesen Rekordgewinn mit verschärfter Ausbeutung. Ende Februar – mitten im Landtagswahlkampf erhalten die Beschäftigten eine Sonderzahlung. Den großen Reibach aber machen die Manager und Aktionäre. An den Stuttgarter Schulen gibt es einen Investitionsstau von 350 Millionen Euro. Kaputte Fenster und Türen, stinkende Klos, undichte Dächer sind Schulalltag. Mit 5% Steuern auf den Daimler-Gewinn 2010 könnten alle Stuttgarter Schulen saniert werden. Dank niedriger Steuern kann der Konzern jedoch seine eigenen Prioritäten setzen. Er baut in Untertürkheim eine neue Konzernzentrale. „Die neue Konzernzentrale soll höher in den Himmel ragen und mächtiger erscheinen“ (Stadtanzeiger vom Jan. 2011). Mit der Drohung Entwicklung und Forschung ins Ausland zu verlagern verlangte Zetsche vier Milliarden staatliche Subventionen für die Entwicklung und Absatzförderung von Elektroautos. Daimler hat ein Interesse daran, dass die Deutsche Bahn AG sich von der Flächenbahn verabschiedet und auf Hochgeschwindigkeitsstrecken reduziert wird. So soll die Verlagerung von Verkehr von der Schiene auf die Straße forciert werden. Im Bahnvorstand setzen die ehemaligen Daimler-Chefs Dürr, Mehdorn und Grube diese Politik um. Symbolisiert wird die Macht des Autokonzerns über die Bahn durch den Daimler-Stern auf dem Turm des Stuttgarter Hauptbahnhof. Daimler ist Teil der S-21-Mafia. Das Info-Mobil zu S 21, das jetzt als Reaktion auf die Infooffensive der S-21-Gegner gestartet wurde, wird von der IHK gesponsert. Daimler stellt kostenlos den Laster zur Verfügung. Konzerne wie Daimler, Porsche und Bosch müssen in Gemeineigentum überführt und unter demokratische Verwaltung und Kontrolle auf die Produktion von umweltfreundlichen öffentlichen Verkehrssysteme umgestellt werden. Eine neue Krise der Autoindustrie kann angesichts weltweiter gigantischer Überkapazitäten ohnehin durch das Elektroauto nicht verhindert werden. Arbeitsplätze in der Autoindustrie können nur gesichert werden, wenn es gesellschaftliche Kontrolle über die Autokonzerne gibt, die Gewinne nicht länger privatisiert und die Verluste sozialisiert werden.

darüber hinwegtäuschen, dass sich der Kapitalismus in einer tiefen ökonomischen und politischen Krise befindet. Die staatlichen Konjunkturprogramme die hunderte von Milliarden schweren Banken-Rettungsaktionen führen zu einer Explosion der Staatsverschuldung. Die Gegenfinanzierung dieser Staatsschulden durch Sozialkürzungen und Stellenabbau im öffentlichen Dienst senkt den Lebensstandard und führt letztlich wie ein Bumerang zu einer neuen Rezes-

sion. Hinter der Krise des Euro steckt die Krise des Kapitalismus. Und die internationalen Spannungen um den Euro werden selbst wieder zu einem ökonomischen Krisenfaktor. Gerade in Baden Württemberg und im Mittleren Neckarraum mit seiner exportabhängigen industriellen Basis droht uns eine verheerende Arbeitsplatzvernichtung. Die Verschuldung von Kommunen und des Landes werden zu bisher nicht gekannten Kürzungen in allen öffentlichen Bereichen und zu weiteren Privatisierungen führen. Solange eine kleine Minderheit von Aktionären die Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel hat, solange die Wirtschaft der Anarchie von Markt und Konkurrenzkampf überlassen bleibt und solange das Ziel der Produktion der Profit ist, solange bleiben



die Bedürfnisse der Masse der Bevölkerung auf der Strecke. Dies gilt in der Krise noch mehr als im Aufschwung. Der Kampf für unsere Interessen verträgt sich nicht mit den kapitalistischen Macht- und Produktionsverhältnissen. Die Banken und Konzerne müssen in Gemeineigentum überführt und unter demokratische Verwaltung der Beschäftigten und der Gesellschaft gestellt werden. Das ist die Grundvoraussetzung für den Umbau der Wirtschaft im Interesse der Mehrheit der Bevölkerung. Der Landtag muss dafür genutzt werden, den Klassencharakter dieser Gesellschaft schonungslos aufzuzeigen. Der Klassenkampf von oben muss mit dem Klassenkampf von unten beantwortet werden. Dafür brauchen wir kämpferische und demokratische Gewerkschaften. Es müsste eine politische Streikbewegung aufgebaut werden wie in Frankreich oder Griechenland. Wir brauchen eine sozialistische Bewegung mit dem Ziel die herrschende Klasse ökonomische und politisch zu entmachten. Das kapitalistische Elend nimmt kein Ende, es sei denn wir machen dem Kapitalismus ein Ende.

Wer wir sind und was wir wollen

Die SAV ist eine revolutionär sozialistische Organisation und bildet in der Partei Die LINKE einen marxistischen Flügel. Für uns ist das Projekt Stuttgart 21 kein Ausrutscher des Kapitalismus. Stuttgart 21 ist ein Beispiel wie Kapitalismus funktioniert.

Einzig und allein die Profitinteressen von Banken, Immobilienhaien und Konzernen zählen. Die Politiker der Stuttgart 21-Parteien sind durch und durch korrupt.

Die SAV Stuttgart war von Anfang an aktiv gegen Stuttgart 21. Wir setzen uns in der Linken dafür ein, dass die Partei sich aktiv am Aufbau des Widerstandes gegen Stuttgart 21 beteiligt. SAV-Mitglieder haben den Aufbau der „Jugendoffensive gegen S21“ mitinitiiert. Andere sind aktiv im Aktionskreis „Cannstatter gegen Stuttgart 21“.

Für uns ist der Kampf gegen Stuttgart 21 Teil des Kampfes gegen das Profitsystem. Auf der Grundlage des Kapitalismus kommen die Interessen der Mehrheit der Bevölkerung immer mehr unter die Räder. Deshalb muss der Kampf gegen Stuttgart 21, der Kampf gegen die Angriffe des Kapitals und für Verbesserung mit dem Ziel einer sozialistischen Gesellschaft verbunden werden.

Sozialismus heißt, dass planmäßig nach den Bedürfnissen der Menschen produziert wird, organisiert durch die Selbstverwaltung der arbeitenden Menschen.

In der DDR gab es keinen Sozialismus, sondern eine Diktatur einer kleinen Minderheit von Staatsfunktionären.

Kapitalismus herrscht global. Deshalb muss der Kampf für die Abschaffung des Kapitalismus international geführt werden. Die SAV ist dafür mit mehr als 35 Organisationen und Parteien auf allen Kontinenten im Komitee für den Aufbau einer Arbeiterinternationale (CWI) zusammengeschlossen. Werdet Mitglied in der SAV und im CWI.



Ein Wochenende voller Informationen, Diskussionen und Debatten über eine Alternative zum Kapitalismus.

22. bis 24. April 2011

im Jugendkulturzentrum Pumpe, Lützowstraße 42, 10785 Berlin-Tiergarten

Die Anreise aus Stuttgart und Umgebung mit der SAV Stuttgart ist möglich.

Mehr Infos unter:

www.sozialismustage.de info@sozialismustage.de
030 247 238 02

V.i.S.d.P.: U. Beck, Terrotstr. 33, 70374 Stuttgart